

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

5.11.1925 (No. 257)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14.
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen 10% Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Postfach Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anlagerechnung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inzident keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Einkommensteuervorauszahlungen der Landwirte

Nach einer Verordnung des Reichsministers der Finanzen sind die am 15. November fälligen Einkommensteuervorauszahlungen für die Einkünfte aus dem Betrieb von Landwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nichtgewerblicher Bodenbewirtschaftung im laufenden Jahr erst am 15. Dezember zu entrichten. Bis zu diesem Zeitpunkt werden den Landwirten die Steuerbescheide für 1925 wohl durchweg bereits zugestellt sein, so daß nach dem Vermögen berechnete Vorauszahlungen nicht mehr in Frage kommen. Die Höhe der von da ab zu leistenden Vorauszahlungen wird in den Steuerbescheiden bestimmt angegeben sein.

* Die Berliner Kabinettskrisis

Die Koalitionsparteien des Kabinetts Luther-Stresemann (Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayer. Volkspartei) haben sich in Besprechungen mit dem Reichskanzler dahin geeinigt, daß man die „Rückwirkungen“, deren Veröffentlichung bevorsteht, abwarten und den Reichstag für etwa den 23. November einberufen wolle. Dort im Reichstag soll dann die Entscheidung fallen. Die Zentrumsfraktion hat ihre Stellungnahme noch durch eine besondere Erklärung unterstrichen. Der Hauptzweck aus dieser Erklärung stellt fest, daß „das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber dem Vertragsentwurf von Locarno ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihr in einer Regierung ausschließt“. Dieser Satz ist übrigens in der diesbezüglichen Meldung des heutigen Morgenblattes der „Badischen Presse“ nicht enthalten.

Das Kabinettsministerium stützt sich also einstweilen auf die drei genannten Parteien und hat die Absicht, weiter zu antworten, bis die Entscheidung im Reichstag fällt. Inzwischen hat auch die Wirtschaftspartei unter Desabouierung ihres Führers Bredt dem Reichskanzler mitgeteilt, daß sie für den Entwurf stimmen werde und sich der Auffassung der drei Regierungsparteien anschließen. Damit hat sich die parlamentarische Situation des Kabinetts zweifellos um etwas verbessert.

Auch die Demokraten wollen abwarten, verlangen aber jetzt schon, daß alsbald eine Neubildung des Kabinetts mit Einschluß der Sozialdemokraten zu erfolgen habe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird morgen darüber zu befinden haben, ob sie sich dem kommunistischen Verlangen nach sofortiger Einberufung des Reichstags anschließen will oder nicht. Schließt sie sich diesem Verlangen an, so ist verfassungsgemäß der Reichstag einzuberufen, da dann ein Drittel der Mitglieder solches fordert.

Die Deutschnationalen sind offiziell bei ihrer bisherigen ablehnenden Haltung geblieben. Interessant ist aber doch die Tatsache, daß einer ihrer Reichstagsabgeordneten, der früher der Deutschen Volkspartei angehörende Herr Quack, in einem Artikel erklärt, er werde gerne zugeben, daß er sich geirrt habe, und für den Vertrag stimmen, wenn die Art und Weise der „Rückwirkungen“ ihn eines Besseren belehren sollte. Hier ist offenbar das Hintertürchen für die Deutschnationalen zu suchen. Fallen die „Rückwirkungen“ außergewöhnlich erfreulich aus, so könnten die Deutschnationalen immer noch sagen, daß jetzt eine neue Situation entstanden sei, und für den Vertrag stimmen.

Nach alledem ist es sicherlich durchaus zweckmäßig, die Rückwirkungen abzuwarten. Erst dann kann man weittragende Entschlüsse fassen. Es wäre ja auch möglich, daß die Rückwirkungen so ausfallen, daß auch nicht eine einzige Partei sich bewegen fühlt, für den Vertragsentwurf einzutreten. Im übrigen ist ja von vornherein, gleich nach Bekanntwerden der Verträge, von allen Parteien versichert worden, es käme jetzt alles auf die Rückwirkungen an, und man werde von ihnen die weiteren Entschlüsse abhängig machen.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Haltung des Zentrums. Die Feststellung, daß „das Verhalten der Deutschnationalen ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihnen in einer Regierung ausschließt“, darf in ihrer Bedeutung sicherlich nicht unterschätzt werden. Man könnte aus dieser Einwendung entnehmen, daß das Zentrum über das Spiel der Deutschnationalen so verärgert ist, daß es unter keinen Umständen, also auch wenn die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit noch

für den Vertrag stimmen sollten, mit ihnen in eine Regierungskoalition gehen will.

Auch in Preußen hat sich die Haltung des Zentrums der Reichspartei gegenüber infolge der Politik der Deutschnationalen versteift. Und zwar macht sich das auch der Deutschen Volkspartei gegenüber geltend. Von Seiten der Deutschen Volkspartei in Preußen war letzthin geäußert worden, die „grundstürzenden Veränderungen im Reich könnten nicht ohne Einfluß auf Preußen sein“. Das heißt, die Deutsche Volkspartei möchte in Preußen die Große Koalition wieder aufleben lassen. In der Zentrumspresse wird nun aber der Deutschen Volkspartei erwidert, „sie irre sich gewaltig, wenn sie etwa glauben sollte, daß infolge der „grundstürzenden“ Veränderungen bei den preussischen Koalitionsparteien irgendein Bedürfnis bestehe, von sich aus die Initiative zu ergreifen“. Die Politik der Deutschen Volkspartei im vergangenen Frühjahr (wo man sie gern in die Koalition aufgenommen hätte, wo sie aber den Deutschnationalen zuliebe alles daran setzte, um mit ihnen und den Kommunisten zusammen die Regierung zu stürzen), sei unübergehen, und die damals gemachten Fehler würden nun auf ihr Haupt fallen. Der 22. Oktober, der Tag, an welchem das Mißtrauensvotum gegen Seevering abgelehnt wurde, habe auf das Deutlichste erwiesen, daß es auch ohne die Deutsche Volkspartei gehe. Und die Lage habe sich in Preußen seitdem in keinem für sie günstigen Sinne verschoben. Im Gegenteil, die Isolierung der Volkspartei in Preußen sei durch die unsinnige Politik des Frühjahres noch weit schlimmer, als im Reich. Die Regierungsparteien in Preußen seien stark genug, um „in ruhiger Sicherheit die weitere Entwicklung abzuwarten“, und zwar auch dann, wenn es infolge einer Reichstagsauflösung zu Neuwahlen in Preußen kommen sollte.

Diese Darlegungen sind für die Deutsche Volkspartei wahrlich bitter genug. Die Partei erlebt jetzt das selbe Schicksal, das im Jahre 1923 und 1924 den Sozialdemokraten erblühte. Überall dort, wo die Sozialdemokraten sich zu sehr mit den Kommunisten eingelassen hatten, mußten sie die Peise bezahlen. Und die Deutsche Volkspartei hat ihrerseits den Schaden davon gehabt, daß sie sich zu einem Anhängel der Deutschnationalen degradieren ließ.

Die „Erziehungspolitik“ Stresemanns den Deutschnationalen gegenüber wird wohl damit enden, daß schließlich die Deutsche Volkspartei mit ihrem Führer erzogen und eines Besseren belehrt werden wird. Das Experiment Stresemanns war sicherlich sehr interessant. Aber, wenn es mißlang, mußte es für den Experimentator und seine Partei gefährlich werden.

Zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage

Wie Sabas mitteilt, wird die Völkervereinigung am Freitag vormittag zusammentreten, um den Bericht über die Entwaffnung Deutschlands, welchen sie von der Interalliierten Militärkommission in Versailles angefordert hatten, und der nun eingetroffen ist, zu prüfen. — Laut „B. Z.“ wird die Antwort der Völkervereinigung auf die letzte deutsche Note in der Entwaffnungsfrage etwa am 10. November in Berlin erwartet.

Das Pariser „Journal“ stellt im Bericht, den das Interalliierte militärische Komitee am Freitag über die Entwaffnung Deutschlands erstatten werde, u. a. fest, daß das Deutsche Reich unbestreitbar Anstrengungen besonders in materieller Hinsicht unternommen hat, um die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu erfüllen, daß jedoch die Bedingungen der Juli-Note der Völkervereinigung noch nicht vollkommen erfüllt worden sind. Die alliierten Regierungen wollen jedoch bis zum Beweis des Gegenteils annehmen, daß die deutsche Regierung aufrichtig die Politik von Locarno sich zu eigen macht. Kann man ihr unter diesen Umständen ihre Aufgabe erleichtern? Diese wichtige Frage wird von der Völkervereinigung aufgeworfen werden. Wäher sollte die Räumung der Rheinzone und die Übertragung der militärischen Kontrolle auf den Völkervereinigung gleichzeitig mit der Erfüllung der militärischen Klauseln erfolgen. Es sei nicht unmöglich, daß man die demnächstige Räumung der Rheinzone anknüpfen zum Beweis, daß die Alliierten dem Geiste von Locarno treu bleiben; aber die interalliierte Militärkommission aufrechterhält, da die Frage der Entwaffnung augenblicklich noch nicht als gelöst angesehen werden kann.

Zur Frage der Änderung des Besatzungsregimes. „Zeit Pariser“ berichtet zur Frage der Änderung des Besatzungsregimes: Der Posten des Reichskommissars bei der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz wird wiederhergestellt. Gewisse Überwachungsorgane in den Bezirken werden beseitigt und die interalliierte Autorität wird von Koblenz aus ausgeübt werden, wodurch die deutschen Lokalbehörden freiere Hand erhalten. Für die Presse werden Erleichterungen eintreten. Wenn diese Maßnahmen in Kraft treten, haben die alliierten Regierungen noch nicht bestimmt.

Eigenartige Auslandsstimmen zur Anschlussfrage

Die nachstehenden uns aus Stockholm bezug. Belgrad zugehenden Berichte behandeln die österreichische Anschlussfrage und innerpolitische deutsche Angelegenheiten von Gesichtspunkten aus, die uns als nicht ganz zutreffend erscheinen mögen, die aber doch wohl verdienen, registriert zu werden, weil sie uns zeigen, wie deutsche Verhältnisse und eine Deutschland so tief berührende Angelegenheit wie die Anschlussfrage sich ernsthaften, ausländischen Politikern darstellen. Der Bericht aus Stockholm lautet:

„Denska Dagbladet“ hat kürzlich in einem Leitartikel unter der Überschrift „Großdeutsch“ ausgeführt, das Problem Österreich gehöre zu denjenigen, die sich durch Todtschweigen oder Unterdrückungsmaßnahmen nicht beseitigen lassen. Selbst wenn man annehmen wolle, daß seine wirtschaftliche Seite in zufriedenstellender Weise geregelt werden könne, bleibe noch eine politische Seite zurück, die sich um so stärker bemerkbar machen werde, je mehr die wirtschaftliche Gesundung fortschreite. Das alte Österreich sei ein Produkt dynastischer Schöpferwillens gewesen, das jegliche demokratische Natur, und seine Lösung heiße großdeutsch oder, wenn man so wolle, alldeutsch. Der Begriff des Alldeutschtums, durch Kriegspropaganda entstellt, sei vor kurzem durch die Arbeit eines amerikanischen Historikers gründlicher untersucht worden. Dabei sei festgestellt, daß der alldeutsche Verband mit Preußentum und Junkertum nichts zu tun habe. Entstanden durch Initiative von in der Schweiz lebenden Professoren habe er seine Zentrale in Leipzig, dem Hauptherd des großdeutschen und zentralistischen Liberalismus. Die Mitglieder rekrutierten sich weit mehr aus dem liberalen Lager und dem Mittelstand als aus preussischem Adel und Monarchisten. Er führe die Tradition von 1848 fort, und es gebe unter seinen Anhängern viele, die die schwarz-rot-goldenen Farben nicht so sehr als Symbol der Republik wie als Zeichen der großdeutschen Idee auffaßten. Die geschmähte „alldeutsche Reaktion“ sei Fleisch vom Fleische der Demokratie. Dafür seien zahlreiche Beispiele erbracht, besonders während der Wahlkampagnen der letzten Jahre und noch neuerdings durch die Rede des Reichspräsidenten Loeb in Wien. Man könne nicht daran zweifeln, daß der Widerwille im Frankreich gegen den Anschlußgedanken tiefwurzelnd und echt sei. Unter diesen Umständen müsse es als äußerst unsicher betrachtet werden, ob man in Frankreich jemals Verständnis dafür zeigen würde, daß die großdeutsche Strömung weit mehr zu tun habe mit Frankfurt und Weimar als mit Potsdam und Amerongen.

Aus Belgrad wird geschrieben:

Die hiesige Zeitung „Politika“ hat dieser Tage einen Artikel ihres Berliner Korrespondenten über die Anschlussfrage veröffentlicht, der ein besonderes Interesse verdient. Der nicht genannte, aber in eingeweihten Kreisen gut bekannte Verfasser weist darauf hin, daß seit einiger Zeit die Anschlussbewegung sowohl in Deutschland wie in Österreich von Vertretern der demokratischen und sozialistischen Parteien geführt werde. Während Ludendorff und seine Gefinnungsgenossen den Anschluß nur ertröckten, um durch Machtvergrößerung Deutschland die Revanche zu ermöglichen, seien Herr Loeb und seine Helfer der Ansicht, daß der Anschluß nur denkbar wäre als Folge einer aufrichtigen Versöhnung der Völker, und daß er nicht den Anstoß zu neuen Konflikten geben dürfe. Die „Kreuzzeitung“ rufe den Österreichern zu: „noch nicht, habt Geduld, wir sind noch nicht gesund genug“. Die demokratischen Parteien seien unterdes bemüht, Anhänger für ihren Ideengang zu werben. Der Verfasser stimmt der letzteren Richtung ausdrücklich zu. Für die Ordnung der Verhältnisse in Europa, sagt er wörtlich, „kann eine solche demokratische und sozialistische Aktion nur gute Folgen zeitigen.“ Auch für ihn ist der Anschluß nur durchführbar auf der Grundlage einer Europa befriedenden deutsch-französischen Verständigung, die ihrerseits zu einem Bunde der europäischen Staaten führen würde.

Die Sympathie des Verfassers für die Bestrebungen des Reichspräsidenten mag beeinflusst sein, durch seine eigene sozialistische Grundanschauung, sowie durch

eine gewisse Neigung zu großen Konzeptionen, die dem langsamen Gang der Tatsachen ungeduldig voraussehen. Es ist aber trotzdem nicht unwichtig, daß der sogenannte Verfasser, der als der beste Diplomat oder zum mindesten als der beste Journalist Jugoslawiens gilt, in einer sonst deutschfeindlichen Zeitung für den An- schlußgedanken eintritt.

Politische Neuigkeiten

Die Zentrumsfraktion des Reichstags

beriet am Mittwoch über die Lage. Aber das Ergebnis wird mitgeteilt:

In ihrer sachlichen Stellung zu dem Vertragswerk von Locarno wartet die Zentrumsfraktion des Reichstags das Ergebnis der auf die Rückwirkungen bezüglichen Verhandlungen ab. Sie sieht in den in Locarno getroffenen oder in Aussicht gestellten Abmachungen einen Fortschritt in der Richtung der europäischen Befriedung; sie erachtet jedoch die vorgesehene Regelung nur als eine befriedigende Lösung, wenn die insbesondere für die besetzten Gebiete nötigen Aus- wirlungen gesichert sind.

Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß das Ver- halten der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber dem Vertragsentwurf von Locarno ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihr in einer Regierung ausschließt.

Aber die Nachmittagsfraktion der Zentrumsfraktion des Reichstags wird noch berichtet, daß sich die Besprechungen um den eventuellen Wiedereintritt des Reichsanzlers a. D. Wirth in die Reichstagsfraktion drehen. Trotz des von vielen Seiten vertretenen vermittelnden Standpunktes konnte man zu keiner Entscheidung kommen, da Dr. Wirth zurzeit noch nicht in Deutschland ist. Die endgültige Entscheidung dürfte daher erst auf dem Parteitag in Basel fallen.

Kein Beamtenstreik in Österreich

Die seit Dienstag abend von der österreichischen Bundes- regierung mit den Beamtenvertretern ununterbrochen fort- geführten Verhandlungen haben am Mittwoch um 12 Uhr mittags zu einer Einigung geführt. Demnach ist die Streik- ordnung mittags zurückgezogen worden.

Nach den getroffenen Vereinbarungen ist die Bundesregie- rung bereit, eine einmalige Notstandsunterstützung in Höhe von 25 Prozent eines Monatsbezugs am 2. Januar 1926 zur Auszahlung zu bringen. Die Regierung erklärt, eine Er- gänzung der Notstandshilfe auf die als dringlich gefor- derte Höhe von 50 Prozent eines Monatsbezugs innerhalb des ersten Quartals des Jahres 1926 unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Verhandlungen bezüglich der Pensions- anleihe einen günstigen Verlauf nehmen.

Die Bedeutung des zwischen der Regierung und der Be- amtenschaft abgeschlossenen Abkommens liegt darin, daß die Mittel für die für Januar zugesagte Notstandshilfe, so- wie evtl. weitere Aushilfen im Jahre 1926 bis zur endgültigen Neuregelung der Befoldungsverhältnisse im Hinblick auf die bestehenden internationalen Bedingungen nicht im Wege einer Erhöhung der Staatseinnahmen, sondern ausschließlich durch Erweiterung des Ersparungsprogramms beschafft werden.

Die Preislenkungsaktion. Der Reichsanzler empfing am Mittwoch in Gegenwart der Reichsminister von Kanitz und Krause Vertreter der Landwirtschaft und des Kleinhandels aus der Lebensmittelbranche zu einer von diesen erbetenen Aussprache über die Preislenkungsaktion. Unbeachtet einiger Beschwerden, die die Gewerbetreibenden über die praktische Durchführung der Preislenkungsaktion vorzubringen hatten, bestand völliges Einverständnis darüber, daß die Preis- lenkungsaktion mit größtem Nachdruck gegenüber allen Wirt- schaftskreisen weiter durchzuführen sei.

Der württembergische Staatspräsident a. D. Dr. Dieber kann jetzt auf sein 25jähriges Parlamentsjubiläum zurück- blicken; denn im Jahre 1900 wurde der damals 30 Jahre alte Professor am Karlslyzeum von seinem Heimatort Belsheim als Kandidat der Nationalliberalen deutschen Partei in den Landtag gewählt. Die deutschnationale Partei will in einer einfachen Feier am 5. November abends danken, was Dr. von Dieber in 25jähriger parlamentarischer Arbeit dem Lande und der Partei gewesen ist.

Himmelsbach gegen Fernbach. Die Fachzeitschrift „Der Holzmarkt“, Herausgeber Otto Fernbach-Berlin, wurde von der 13. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin zur Hinter- legung einer Schweigeklausur von 30 000 M. verurteilt. Die Klausur soll 2 Jahre an Gerichtsstelle deponiert bleiben und verfallen, wenn der Beklagte Fernbach die Firma Himmels- bach A.-G. in Freiburg in irgendwelchen Artikeln angreift, die geeignet sind, das Ansehen der Firma oder ihrer Auf- sichtsrats- und Vorstandsmitglieder, sowie ihrer Angestellten in der öffentlichen Meinung herabzumühen.

Keine Luftbarkeiten in England am 11. November. Die englische Presse erörtert lebhaft die Frage, ob der Abend des 11. November, des Waffenstillstandstages, weiter durch Luftbarkeiten gefeiert werden soll. Ein Teil der öffent- lichen Meinung wünscht, den 11. November ausschließlich dem Andenken der im Kriege Gefallenen zu widmen. Der Prinz von Wales lehnte die Teilnahme an einem großen zugunsten eines Krankenhauses für den 11. November vor- gesehenen Ball ab. Darauf versprach seine Teilnahme. Am 11. November wird in der Albert Hall nur eine einfache Gedenkfeier stattfinden.

Eine Rede Mussolinis. In einer Rede, die Mussolini an- läßlich des Sieges von Vittorio Veneto hielt — die Italiener haben im Weltkrieg viel mehr Niederlagen erlitten als Siege erlitten — betonte er u. a. die Unmöglichkeit der italie- nischen Grenzen am Brenner und am Krainer Schneeberg. Er sagte, daß das italienische Volk in den Krieg gehen würde, falls diese Grenzen in Gefahr wären. Er und seine Regie- rung seien für den Frieden; aber auch heute noch ersalle Kanonen donner über das Mittelmeer herüber. Italien müsse deshalb ein starkes Heer, eine tüchtige Marine und eine die Luft beherrschende Flotte besitzen.

Die Lage in Syrien. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Damaskus meldet: Die Lage in Syrien wird täglich schlechter. Die Regierung erwartet Angriffe der Aufständischen, von denen 4000 Mann ungefähr 15 Meilen vor Da- maskus stehen. Die Franzosen werden zur Verteidigung der Stadt turkische und andere eingeborene Truppen an- Das ganze Gebiet nördlich von Damaskus befindet sich in den Händen der Räuber. Auch Homs, das ebenso wie Pal- myra vom Süden abgeschnitten ist, ist in voller Gährung. Aller Verkehr ist eingestellt. Wenn nicht ansehnliche Ver- stärkungen eintröfen, würde die Zahl der Franzosen in Damaskus nicht ausreichen, um die planmäßigen Massen- angriffe dauernd abzuwehren.

Kurze Nachrichten

Zusammentritt des evangelischen Kirchenausschusses. Mit- woch vormittag trat in Berlin der deutsche evangelische Kir- chenausschuß unter dem Vorsitz seines Präsidenten D. Kapler zu seiner Herbstsitzung zusammen. Die Verhandlungen wer- den eine Aussprache über die Stockholmer Weltkonferenz und eine Stellungnahme der obersten Vertretung der evangeli- schen Kirche zur Reichsschulgesetzgebung und den schwebenden Fragen der Kulturpolitik bringen.

Vertagung des Prozesses gegen die Zentrale der A.P.D. Der vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leip- zig für den 16. November 1925 angelegte Prozeß gegen die Zentrale der A.P.D. (Oeder und Genossen) ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Lohnbewegung der Eisenbahner. Mittwoch vormittag haben im Reichsarbeitsministerium in Berlin Verhandlungen infor- matorischen Charakters zwischen der Deutschen Reichsbahn- gesellschaft und den Tarifgewerkschaften der Arbeitnehmer stattgefunden. Die Verhandlungen waren in den ersten Nach- mittagsstunden noch nicht beendet.

Verbindlichkeitserklärung in der Kaliindustrie. Laut „Rost. Zeitung“ ist der Schiedspruch für die Angestellten der Kali- industrie für verbindlich erklärt worden. Eine Verbindlich- keitserklärung des Schiedspruches für die Arbeiter der Kali- industrie ist noch nicht erfolgt.

Verbot einer Gedenkfeier. Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, wurde von der Polizeidirektion München die von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für den kommenden Sonntag festgesetzte Weihehandlung für die Gefallenen des 9. November 1925 verboten.

Das Verfahren gegen Dr. Jänike. Am Samstag wird in Berlin vor dem Reichsdisciplinarhof das gegen den Attacé im Auswärtigen Amt, Dr. Jänike, dem Schwiegersohn des Reichspräsidenten Ebert, eingeleitete Disziplinarverfahren stattfinden.

Begnadigung von Wolski und Kindermann. Nach der Moskauer „Iswestija“ hat das Präsidium des Zentralerexekutiv- komitees beschlossen, die zum Tode verurteilten Deutschen Kindermann und Wolski und den Estländer v. Dittmar unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft zu 10 Jah- ren Gefängnis zu begnadigen.

Die schweizerische Elektrifizierung. Auf der Strecke Bern— Olten der Schweizerischen Bundesbahnen wird die Über- tragungsleistung am 20. November unter Spannung gesetzt. Man rechnet damit, den elektrischen Betrieb Ende November oder in den ersten Tagen des Dezember aufnehmen zu können.

Kein Sozialist im New-Yorker Gemeinderat. „Daily Mail“ zufolge, wurde bei den Gemeinderatswahlen in New- York nicht ein einziger Sozialist gewählt.

Bei den Parlamentswahlen in Neuseeland ergab sich ein unbedingter Sieg der bisherigen Regierung. Die Regierungs- partei erhielt 55 Sitze, die Arbeiterpartei 13 und die Natio- nalistpartei 12.

Die Aufwertung der Kommunalanleihen

Obwohl in dem Anleiheaufwertungs-gesetz die Gemeinde- anleihen grundsätzlich ebenso wie die Reichsanleihen behandelt werden, gibt es doch für sie auch eine Reihe von Sonderbestim- mungen, die im zweiten Abschnitt des zweiten Teils des Ge- setzes zusammengefaßt sind. Besonders hervorzuheben ist, daß die oberste Landesbehörde zur Wahrung der Rechte der Anleihegläubiger einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes einen Treuhänder bestellen kann. Sobald ein Anleihe- gläubiger einer Gemeinde innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des Gesetzes dies bei der obersten Landesbe- hörde oder bei der von ihr bestimmten Stelle beantragt, muß ein solcher Treuhänder bestellt werden. Der Treuhänder kann bezüglich der Behandlung der Papiermarkt-Kommunalanlei- hen Anträge bei der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle einbringen, über die diese dann entscheidet. Ob sich die Bestellung eines Treuhänders im Einzelfalle emp- fiehlt, ist deswegen zweifelhaft, weil dadurch sicherlich die Ver- waltungskosten, die der Gemeinde zur Last fallen, erhöht werden.

Die Auslösung der Ablösungsanleihen, die den Anleihe- gläubigern für ihre Papiermarktanleihen ausgedient haben, erfolgt nach denselben Bestimmungen wie bei den Reichs- und Staatsanleihen. Der Treuhänder kann jedoch bean- tragen, daß die Frist für die Auslösung bei den Gemeinde- anleihen von 30 auf 20 Jahre verkürzt wird, wenn dies der Leistungsfähigkeit der Gemeinde entspricht. Die Gemeinde als Schuldnerin kann aber auch ihrerseits mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage beantragen, daß die Dauer der Tilgung auf einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren verlängert wird. Für die ausgelassenen Anleiheablosungsstücke ist das Fünftel des Nennbetrages auszugeben. Außerdem aber sind die Zin- sen vom 1. Januar 1926 bis zum Ende des Auslösungsjahres nachzugeben. Der Zinssatz, der bei den Reichs- und Staats- anleihen nur 4 1/2 Prozent beträgt, ist für die Gemeindean- leihen auf 5 Prozent festgesetzt worden. Außerdem kann aber innerhalb einer Frist von vier Monaten nach dem Inkraft- treten des Gesetzes bei der obersten Landesbehörde der Antrag gestellt werden, den Einlösungsbeitrag auf das Zehnfache des Nennbetrages der Ablösungsanleihe zu erhöhen, also zu verdoppeln, sofern dies dem Anleihegläubiger nach seiner finan- zialen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugunsten werden kann. Wird der An- trag auf Erhöhung des Einlösungsbeitrages nicht bewilligt, so sind den Anleibern der schon im ersten Jahre ausgelassenen Kommunalanleihen 6 1/2 Prozent Zinsen zu zahlen.

Dagegen gibt es für die Inhaber von Kommunalanleihen keine Vorschriften über Verzugsrenten an bedürftige An- leihebesitzer. Wenn diese aber von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden genährt werden, so können sie, soweit sie den Betrag von 270 Mark jährlich übersteigen, auf Unterstüt- zungen öffentlich-rechtlicher Art angerechnet werden. Ebenso fehlen besondere Bestimmungen über die Ablösung kleiner Beträge von Kommunalanleihen (weniger als 1000 Papiermark Nennwert).

Alle näheren Bestimmungen über die Einlösung und Til- gung von Kommunalanleihen sind durch die obersten Landes- behörden zu erlassen. Diese haben auch die Fristen für die Einreichung der Anträge auf Gewährung des Rechts an der Beteiligung bei der Auslösung (Anleihebesitzer) sowie über die Grundzüge, nach denen der Nachweis des Altbesitzes zu erbringen ist. Endlich sind auch noch die Stellen näher zu bestimmen, die über die von den Treuhändern gestellten An- träge zu entscheiden haben. Schwierigkeiten werden sich vor allem aus der notwendigen Feststellung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden ergeben. Es muß dafür gesorgt werden, daß hierdurch nicht etwa eine erhebliche Verzögerung der Klarstellung der Rechtsansprüche entsteht. Sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände haben ein Anrecht darauf, nun endlich über ihre Verpflichtungen einen Überblick zu er- halten als auch die Besitzer kommunaler Anleihen auf ungewei- deutiger Festlegung des Wertes der ihnen verbliebenen An- sprüche.

Badischer Teil

Der Besuch des Reichspräsidenten in Karlsruhe

Nach einem Schreiben des Staatspräsidenten an den Land- tag wird Reichspräsident v. Hindenburg am Donnerstag den 12. November, vormittags 11.07 Uhr in Karlsruhe eintreffen und nachmittags 6 Uhr die Stadt wieder verlassen. Es ist ein Empfang im Staatsministerium vorgesehen. Auch wird der Reichspräsident das Landtagspräsidium empfangen. — Am Mittwoch den 11. November, den Tag vorher, weil der Reichspräsident in Stuttgart zum Besuch der württembergi- schen Regierung.

Badischer Landtag

D. B. Karlsruhe, 4. Nov.

In der Nachmittagsfraktion werden bei vollbesetzter Tribüne zunächst verschiedene Geschäftsordnungsanträge behandelt, Gegenüber dem Verlangen der Demokraten und Kommunisten auf

Herabsetzung der Fraktionsstärke

auf 6 bzw. 4 Mitglieder bemerkt

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.), daß nach dieser Richtung unabhän- gig vom Wahlausfall Grenzen gezogen werden müssen. Man sollte es bei der bisherigen Grundlage von 7 Abgeord- neten belassen. Würde sich für den Antrag Dr. Glodner eine Mehrheit finden, so müßte sich das Zentrum der Stimme enthalten. Den Antrag der Kommunisten lehne das Zentrum jedoch ab.

Abg. Marum (Soz.) geht davon aus, daß der badische Land- tag eine gleiche Zahl von Abgeordneten besitzt. Eine Min- deststärke von 6 Fraktionsmitgliedern sei sachlich berechtigt. Weiter herunterzugehen, hieße die Splitterparteien begün- stigen. Der Zusammenschluß von Deutschnationalen, Land- bund und Wirtschaftlicher Vereinigung entspräche sicher nicht dem Willen der Wähler und sei eine politische Unschicklichkeit. Abg. Dr. Glodner (Dem.) schließt sich zur Begründung den Darlegungen des Redneren an.

Abg. Ritter (Komm.) spricht von einer Ausnahmebehand- lung seiner Partei.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) hält an seiner Auffassung fest, während sich

Abg. Dr. Mattes (D. Ept.) für den Antrag Dr. Glodner erklärt.

Abg. v. Au (Vg. B.) verteidigt seinen Anstoß an die Deutschnationalen. (Abg. Maier-Heidelberg ruft: „Der Weg von den Demokraten bis dahin ist sehr lang!“) Abg. v. Au: „Wir ist er nicht lang vorgekommen!“ — (Große Heiterkeit).

Das Haus schreitet nun zur Abstimmung. Der Antrag der Kommunisten wird unter deren Wider- spruch abgelehnt, der Antrag der Demokraten dagegen an- genommen. Das Zentrum enthält sich beidermal der Ab- stimmung.

Das Haus beschließt darauf eine entsprechende Abänderung der Geschäftsordnung. In Zukunft wird also eine Fraktion 6 Mitglieder stark sein müssen.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung folgt die

Wahl des Präsidiums

Wahl des Präsidiums. Das Zentrum als stärkste Fraktion schlägt den Abg. Dr. Baumgartner zum Präsidenten vor, die Sozial- demokraten den Abg. Maier-Heidelberg zum ersten Vizepräsi- denten. Die Bürgerliche Vereinigung beantragt den Vizepräsidenten des Zweiten Vizepräsidenten und bringt hierfür den Abg. v. Au in Vorschlag.

Aus der geheimen Wahl geht

Abg. Dr. Baumgartner

wiedermals als Präsident des Landtags hervor. Für ihn haben von 69 anwesenden Abgeordneten 65 gestimmt. Ein Stim- mzettell lautete auf den Namen des Abg. Duffner. Außerdem wurden drei leere Zettel abgegeben.

Präsident Dr. Baumgartner übernimmt das ehrenvolle Amt mit folgender Ansprache:

Meine erste Pflicht heute ist es, in Ihrer aller Namen dem Herrn Alterspräsidenten für seine Amtsführung bei den Vor- arbeiten und Vorbesprechungen bis zur Eröffnung und für die Führung der Präsidialgeschäfte und die Leitung unserer Verhandlungen den besten Dank des hohen Hauses auszu- sprechen. (Allseitige Zustimmung.)

Geehrte Damen und Herren!

Sie haben den Vorstand dieses hohen Hauses, die Vertre- tung des souveränen badischen Volkes durch Ihre Wahl be- stellt. Namens der gewählten Damen und Herren, der beiden Vizepräsidenten und der Schriftführer danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl bezeugt haben. Wenn ich von neuem das Amt des Präsidenten zu führen berufen bin, so weiß ich einerseits die darin gelegene Ehre zu schätzen, noch mehr aber bin ich mir der hohen Verantwortung bewußt, die mit dem Amt mir obliegt. Wie in der letzten Sitzungsperiode des letzten Landtags, so werde ich auch in diesem mich bemühen, die Pflichten, die meines Amtes sind, nach besten Kräften zu erfüllen, um die Geschäfte des Hauses zu führen, die Würde des Hauses zu wahren, jedem Mit- glied gegenüber strengste Objektivität walten zu lassen. Um das erreichen zu können, bitte ich für mich und meine Kollegen im Präsidium um Ihre freundliche Unterstützung, Ihre gütige Nachsicht und Ihre freudig gewährte Mitarbeit. Es ist ja unser Staat, unsere Heimat, unser Volk, dem unsere Arbeit, all unser Bemühen gelten soll und wird.

Wenn auch die staatsrechtliche Gestaltung unseres Reiches und die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern die gesetzgeberischen Aufgaben der Länder wesentlich zugunsten und zu Lasten des Reiches sich verringert haben, so bleibt den Ländern doch noch ein reiches Feld der Betätigungsmöglich- keit. Wir aber wollen, wir alle, die wir den Staat von heute bejahen, jeder geleitet und geführt von seiner politischen Weltanschauung, nach besten Kräften uns einsetzen, um un- serem badischen Volk zu dienen. Nicht uns selbst, nur unserem Staat und Volk, seinem Wohl und Heil, gilt unser Sinnen und Mühen im Rahmen unseres großen deutschen Vater- landes und für dieses selbst. So wollen wir alle unsere Be- zürkung als erwählte Vertreter des badischen Volkes auffassen und uns betätigen. Dann wird auch Gottes Segen über unserer Arbeit walten für unser Volk und unsere badische Heimat. (Beifälliger Beifall.)

Die Wahl des Ersten Vizepräsidenten

fällt ebenfalls mit 65 Stimmen auf den sozialdemokratischen Abg. Maier-Heidelberg.

Zum Zweiten Vizepräsidenten wird der Abg. v. Au von der Bürgervereinigung mit 37 Stimmen gewählt. 10 Stimmzettell lauten auf den Abg. Gorbemelt, 2 auf Maier, je 1 auf Duffner, Dr. Mattes, Gebhard, Frau Richter, einer ist un- gültig (lautend auf den Namen Lothar Rager), 15 Zettel sind weiß.

Die Abg. Maier-Heidelberg und v. Au nehmen die Wahl an. Die Zahl der Schriftführer wird auf 5 statt bisher 6 herabgesetzt. Als solche werden bestellt die Abg. Mann (Str.), Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.), Zoller (Vg. Vgg.), Wilsch (D. Vp.) und Drees (Dem.).

Die Bildung der Ausschüsse.

Hierzu gibt Abg. Dr. Schöfer (Str.) eine Erklärung ab, wonach seine Fraktion für eine Verminderung der Zahl der Mitglieder der größten Ausschüsse von 21 auf 14 zu haben gemeint wäre. Da sich aber dafür nach der Aussprache im Plenum keine Mehrheit findet, so wird das Zentrum davon ab, einen förmlichen Antrag zu stellen.

Der Präsident stellt als Meinung des Hauses fest, daß die feierlichen Ausschüsse für Haushalt, Rechtspflege und Verwaltung, Gesetze und Beschlüsse und Geschäftsordnung bestehen bleiben und sich mit Ausnahme des letzteren, der 12 Mitglieder zählt, aus 21 Mitgliedern zusammensetzen.

In den Haushaltsausschüssen als dem wichtigsten werden beauftragt: vom Zentrum: die Abg. Dr. Schöfer, Dr. Baumgartner, Dr. Höber, Seubert, Weichaupt, Egger, Wüchner und Geurich; von den Sozialdemokraten: die Abg. Maier-Heidelberg, Müldert, Marum, Freidhof und Grohmann; von der Bürgerl. Vereinigung: die Abg. D. Meyer-Karlsruhe, Raiber und v. Au; von den Demokraten: die Abg. Dr. Gladner und Fohring; von den Deutschen Volkspartei: die Abg. Dr. Gündert und Dr. Mattes; von den Kommunisten: der Abg. Leichter. Vorsitzender des Haushaltsausschusses ist wie bisher der Abg. Marum (Soz.). Stellvertreter Abg. Dr. Gladner (Dem.), Schriftführer Abg. Seubert (Str.).

Die Bestellung der anderen Ausschüsse vollzog sich gleichfalls rasch, entsprechend den Vorschlägen der einzelnen Parteien.

Der Rechtspflegeausschuß hat zum Vorsitzenden den Abg. Schneider-Heidelberg (Str.); dessen Stellvertreter ist Abg. Dr. Engler (Soz.); als Schriftführer fungiert Abg. Dr. Schmittbener (Vg. Vgg.).

Im Ausschuß für Gesetze und Beschlüsse führt den Vorsitz der Abg. Behringer (Vg. Vgg.). Stellvertreter ist der Abg. Schneider-Heidelberg (Str.), Schriftführer der Abg. Drigner (D. Vp.).

Als Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses amtiert Abg. Dörner (D. Vp.), dem Abg. D. Meyer-Karlsruhe (Vg. Vgg.) als Stellvertreter zur Seite steht, während Abg. Weichmann (Soz.) die Geschäfte des Schriftführers versieht.

Nachdem noch der Vertrauensmännerausschuß gebildet ist, nimmt das Haus Stellung zu einem Antrag der Kommunisten, ihren Antrag auf Aufhebung der

Straffung des Abg. Steiner

sofort im Plenum zu behandeln.

Die Mehrheit lehnt dies ab, zumal die Akten noch nicht zur Stelle sind. Die Angelegenheit geht zunächst an den Geschäftsordnungsausschuß.

Der Präsident verliest darauf einen Entwurf von

Anfragen und Anträgen

aus dem Hause, die an die zuständigen Regierungsstellen bzw. Ausschüsse weitergeleitet werden.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, Donnerstag, 12 Uhr statt, mit der Tagesordnung: Antrag auf Aufhebung der Straffhaft des kommunistischen Abg. Steiner.

Die Verhandlungen wegen der Regierungsbildung sind nach einer Mitteilung des Präsidenten noch in der Schwebe.

Schluß der heutigen Sitzung gegen 1/2 12 Uhr.

D. Karlsruhe, 5. Nov.

Wiederum ist die Zuhörtribüne stark besetzt.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Vormittagsitzung mit der Bekanntgabe verschiedener neuer Anträge. 1. a. liegt ein Antrag D. Meyer-Karlsruhe (Vg. Vgg.) u. Gen.

vor, die Regierungsbildung in der heutigen Sitzung vorzunehmen. (Große Heiterkeit).

Abg. D. Meyer-Karlsruhe begründet die Dringlichkeit seines Antrages.

Abg. Dr. Schöfer (Str.) lehnt eine derartige Überstürzungspolitik für seine Fraktion ab. In Berlin habe man feinerzeit ziemlich lange gebraucht, bis die Regierung zustande kam, ohne daß es der Würde des Reichstages Abtrag getan hätte. Die Würde und Sicherheit des Landes und die Staatsinteressen werden gar nicht leiden, wenn die wichtige Angelegenheit der Regierungsbildung mit Unruhe und Unklarheit getätigt wird. (Zuschauerstimmen der Kommunisten). Abg. Dr. Schöfer zum Abg. Ritter: Sie würden Ihrer Sache mehr zuzuhören, wenn von Ihnen die primitivsten Anstandsregeln respektiert würden. (Aufe: Sehr richtig!) Das muß einmal in aller Öffentlichkeit gesagt werden. (Abg. Leichter ruft: Die Öffentlichkeit weiß, daß Sie schweigen!) Der Präsident weist diesen Ausdruck, sei er nun auf einen einzelnen Abgeordneten, auf eine Fraktion oder auf das ganze Haus gemünzt, als beleidigend aufs Schärfste zurück.

Abg. Marum (Soz.) wendet sich aus den gleichen Gründen gegen das Verlangen der Bürgerlichen Vereinigung.

Nach weiterer Auseinandersetzung zwischen den Abg. D. Meyer-Karlsruhe und Dr. Schöfer wird die Dringlichkeit wie auch der Antrag selbst abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht sodann der kommunistische Antrag auf

Aufhebung der Straffhaft des Abg. Steiner.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) berichtet über die Verhandlungen im Geschäftsordnungsausschuß. Steiner wurde vom Staatsgerichtshof, der vom 13. November bis 2. Dezember v. J. in Freiburg tagte, wegen Vorbereitung des Hochverrats in Lateinamerika mit 7 Ziffer 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik, sowie in Lateinamerika mit §§ 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes, Aufforderung zum fortgesetzten schweren Diebstahl zu 8 Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsgerichtshof hatte sich gleichzeitig mit 36 Mittagsklagen zu befassen, die ebenfalls längere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben, bis auf 5 Leute, die freigesprochen wurden. Es handelt sich um die Herbstunruhen vom Oktober 1923 in Württemberg, bei denen Steiner als militärischer Kampfstreiter des Oberheims tätig war. Seine Tätigkeit ist nach dem Urteilstermin außerordentlich umfangreich, intensiv, gemein- und staatsgefährlich gewesen und brachte viele Genossen ins Unglück. Es wurden so große Sprengstoffmengen, zumteil mittels bewaffneter Diebstahls beschafft, die genügt hätten, eine ganze Stadt in die Luft zu sprengen; dabei war Steiner die treibende Kraft. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wurde nicht ausgesprochen, da Steiner aus politischen Motiven handelte.

Daß nun ein so schwerer Zuchthausstrafe verurteilter Mann als Kandidat aufgestellt und gewählt werden konnte, beruht auf einer Gesetzeslücke; denn daß ein derartiger Fall eintreten könnte, daran hat feinerzeit niemand gedacht. Der Oberreichsanwalt hat sich mit aller Entschiedenheit gegen die Freilassung ausgesprochen, da er der geistige Führer und Durchführer der aufwühlenden Maßnahmen am Oberheim war, der Führer und Verführer weiter Kreise, die der kommunistischen Bewegung nicht so nahestanden wie Steiner.

Der Ausschuß lehnt es ab, durch die Entlassung eine Prämie darauf zu geben, daß man Leute, die die längsten Strafen haben, dadurch aus dem Zuchthaus herausholt, daß man sie auf die Landeswahlliste setzt. Den Kommunisten geschieht absolut kein Unrecht; denn verzichtet Steiner, so rückt Bod nach. Es geht aber nicht an, daß ein Mann die Gesetzeslücke ausnützt und ins Parlament hineinschlüpft, der das Fundament des Staates unterwühlt und nur destruktive Arbeit leisten will.

Der Ausschuß stellt den Antrag auf Ablehnung des kommunistischen Antrages, da es ein Unglück wäre, wenn die Verführten weitere Jahre hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern zubringen müßten, während sich der Führer in Freiheit befindet.

Abg. Ritter (Komm.) begründet seinen Antrag und wird einigemale zur Ordnung gerufen.

Abg. Seubert (Str.) gibt für seine Fraktion die Erklärung ab, daß es aus Gründen der Staatsautorität und Staatssicherheit, und im Interesse der Würde und des Ansehens des Parlaments untragbar sei, einen wegen schwerer Straftaten gegen die Staatssicherheit zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Mann aus dem Zuchthaus zu befreien.

Abg. Marum (Soz.) bedauert, daß bei der Reichsamnestie hinsichtlich der Staatsverbrecher von links und rechts mit zweierlei Maß gemessen worden sei. Hier handle es sich jedoch nicht um eine Amnestie, sondern um eine Frage der Immunität. Amnestiewürdig wären u. E. eher die armen Teufel, die durch das Verbrechen Steiners verführt worden sind. (Erregte Zwischenrufe der Kommunisten.) Was die Kommunisten wollen, ist Mißbrauch der Immunität. Für sie ist die Frage: Soll Bod- oder Steiner ins Zuchthaus! Das ist der Schlüssel für die Haltung der Kommunisten. (Heftige Zwischenrufe.) Bod ist ihnen weniger angenehm, weil er die zurzeit in der komm. Partei herrschende Richtung teilt. Wir machen nicht mit, zu entscheiden, wer ins Zuchthaus soll, und stimmen für den Ausschlußantrag.

Abg. Dr. Dörner (D. Vp.) findet, daß schon die Benennung eines mit 8 Jahren Zuchthaus bestraften Mannes auf der Landesliste eine Verhöhnung des Parlamentes war. Man würde der Staatsautorität direkt ins Gesicht schlagen, würde man Steiner freilassen.

Abg. D. Meyer-Karlsruhe (Vg. Vgg.) vertritt den gleichen Standpunkt.

Nach kurzen Schlussworten des Berichterstatters und des Antragstellers wird der kommunistische Antrag mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten unter deren lebhaftem Widerspruch abgelehnt.

Zum Schluß wird einstimmig ein Antrag Duffner (Zentrum) und Gen. angenommen, worin die Regierung ersucht wird, für die durch das Unwetter vom 20. Juli 1925 geschädigten Landwirte in Wellingen und Umgebung, Hilfsmaßnahmen insbesondere Steuererfindungen in Erwägung zu ziehen.

Nächste Sitzung unbestimmt.
Schluß 1/2 12 Uhr.

Anträge und Anfragen

Die Abg. Hartmann (Str.) und Genossen haben an die Regierung eine förmliche Anfrage gerichtet über den Stand der Erhebungen betreffend die Lage der Tabakarbeiter und über die eventuellen Maßnahmen zur Beseitigung der Notlage in den Kreisen der Tabakarbeiter.

Die Abg. Dr. Gladner (Dem.) und Genossen haben Anträge eingebracht: betreffend das Reichsfinanzausgleichsgesetz, Gewährung einer einmaligen Beihilfe an Staatsbeamte und Wiedererrichtung des Lehrerbildungsgesetzes. Ein weiterer Antrag der gleichen Partei ersucht die Regierung, sich entschieden gegen eine etwaige nochmalige Verlängerung des Besoldungssperregesetzes zu wenden.

Eine kurze Anfrage der Deutschen Volkspartei betrifft den Geltungsbereich der Sonntagsfahrkarten.

Das Zentrum hat im Landtag zwei förmliche Anfragen eingebracht, betreffend die Aufwertung von Sparkastenscheinchen und betreffend Maßnahmen zum rascheren Absatz des bei den Produzenten noch vorhandenen Getreides, der Kartoffelernte und sonstiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Am Gesunden sind u. a. eingegangen: solche des Badischen Beamtenbundes und des Ortsartells Porzheim des Deutschen Beamtenbundes betreffend die Notlage der Beamtenschaft, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wegen Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung an das Pflege- und Wartepersonal der Heil- und Pflegeanstalten, sowie der Gauleitung Baden des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen in Karlsruhe betreffend die Zivilversorgung der Kriegsbefähigten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Anträge eingebracht, die sich auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Staatsbeamten und die Einschränkung des Sonntagsverkehrs im Gebiet der Reichsbahndirektion Karlsruhe beziehen.

In weiteren Anträgen derselben Partei wird gefordert: Bewilligung eines Betrages von 500 000 M. als einmalige Zuschunterstützung für die Erwerbslosen angeht der großen Notlage, in der sich diese befinden; ferner wird die Regierung ersucht, im Hinblick auf die zunehmende Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten in größerem Umfang selbst vorzunehmen und außerdem auf die Gemeinden im gleichen Sinne einzuwirken. — Bei der Reichsregierung soll die badische Regierung wegen Erhöhung der Unterhaltungsätze für die Erwerbslosen und baldiger Einführung der Kurzarbeiterzulage vorstellend werden. Bei all diesen Maßnahmen denkt man besonders an die Erwerbslosen mit größerer Kinderzahl, will aber auch die bereits Ausgeworfenen berücksichtigen wissen. — Schließlich wird die Regierung ersucht, das übrige zu tun, damit dem § 23 eines Gesetzesentwurfes über die Arbeitslosenversicherung eine Fassung gegeben wird, wonach alle unter das Betriebsratsgesetz fallenden Angestellten in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden.

Aus den Fraktionen

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden wiederum den Abg. Marum gewählt. Als Stellvertreter fungiert der Abg. Maier-Heidelberg, als Schriftführer der Abg. Müldert.

Die Bürgerliche Vereinigung wählte den Abg. D. Meyer-Karlsruhe zu ihrem Vorsitzenden, den Abg. Raiber zu dessen Stellvertreter und den Abg. v. Au zum Schriftführer.

Die Demokraten bestellten als Vorsitzenden wieder den Abg. Dr. Gladner, zu dessen Stellvertreter den Abg. Scheel, zum Schriftführer die Abg. Frau Traut.

Kellerwirtschaftsturz

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg i. Br. hält in seinen Räumen in diesem Jahre und zwar vom 25. bis 27. November wieder einen Kellerwirtschaftsturz ab, um die Winger und sonstigen Interessenten mit dem Ausbau der Weine bekannt zu machen. Es liegt im Interesse eines jeden Wingers und Interessenten, sich die Möglichkeit dieser Belehrung zunutze zu machen. Denn nur durch einen sachgemäßen Ausbau können die badischen Weine mit den Weinen der anderen deutschen Weinbaugebiete, in denen die moderne Kellerwirtschaft schon tiefer Fuß gefaßt hat, konkurrieren.

Sammlungsschwindel

In letzter Zeit ziehen in den Städten und Landgemeinden Badens Hausierer umher und verkaufen minderwertige Bilder und Sprüche mit der Angabe, daß der Erlös für irgend welche Wohlfahrtszwecke bestimmt sei. Tatsächlich wurden auch von Wohlfahrtsanstalten außerhalb Badens mit Unternehmern Verträge abgeschlossen, wonach diese durch Hausierer ihre Waren vertreiben und bestimmte Beträge für Wohlfahrtszwecke abführen.

In einigen Fällen ist festgestellt worden, daß dieser Vertrieb auf einer ganz ungesunden Grundlage beruht. Das Publikum wird meist durch Hinweis auf den Wohlfahrtszweck veranlaßt, minderwertige Waren, insbesondere Bilder und Sprüche, für hohe Preise zu kaufen. Die dadurch erzielten höheren Gewinne fließen zum weitaus größten Teil in die Taschen der Unternehmer und Hausierer.

Wie einträglich dieses Geschäft ist, geht daraus hervor, daß kürzlich ein Hausierer durch die Polizei festgesetzt wurde, der für die Blindenfürsorge in Mainz hausierte und an einem einzigen Tage eine Einnahme von 383 Mark zu verzeichnen hatte, wovon die Hälfte, also 191,50 Mark in seine Tasche floss, und daß Tagesverdienste von 80—100 Mark oder 120 Mark für ihn gar nichts besonderes waren. Dieser Hausierer hatte in der Zeit vom 5. Februar bis 25. März 1925 nur an 15 Tagen „gearbeitet“, d. h. kollektiert, und hatte trotzdem für seine Person einen Reinerdienst von nicht weniger als 937,50 Mark.

Das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe weist noch darauf hin, daß Sammlungen der fraglichen Art in Baden nicht zugelassen sind und richtet die Bitte an das Publikum, solche Hausierer künftig der Polizei oder Gendarmerie zu übergeben.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Lörrach gab einstimmig seine Zustimmung zu dem Stadtratsbeschuß betr. Erweiterungsbau des Krankenhauses. Die Kosten sind auf 250 000 M. veranschlagt und sollen durch Anleihe gedeckt werden. Ebenfalls einstimmig trat der Bürgerausschuß dem Stadtratsbeschuß bei, wonach mit dem Neubau einer Gewerbe- und Handelsschule begonnen werden soll, sobald die Mittel hierfür oder wenigstens für einen größeren Teil zur Verfügung stehen. Der Kostenveranschlag für dieses Bauprojekt beträgt 641 000 M. Die Pläne stammen von dem Architekten Dr. Höfner-Karlsruhe. — Weiter nahm der Bürgerausschuß Kenntnis vom dem Beschuß des Reichsausschusses betr. Beteiligung der Stadt Lörrach an der Gemeindefinanzanleihe der badischen Städte in England und Amerika, die bekanntlich am vergangenen Freitag zum Abschluß gekommen ist. Für die Stadt Lörrach beläuft sich der Gesamtbeitrag der Anleihe auf 1 089 000 M.

Aus der Landeshauptstadt

Aus Anlaß der Karlsruhe-Beppein-Gedener-Wache, die in der Zeit vom 12.—19. November in der badischen Landeshauptstadt veranstaltet wird, hat bekanntlich der Führer des Amerika-Luftschiffes Dr. Gedener, sein persönliches Erscheinen zugesagt. Dr. Gedener wird am Donnerstag, den 12. November, mittags 1 Uhr in Karlsruhe eintreffen und von den Karlsruher Flieger- und Luftschiffer-Organisationen am Bahnhof empfangen werden. Am Donnerstag abend 8 Uhr findet sodann im großen Festhallaal der mit Spannung erwartete Gedener-Vortrag statt, zu dem der Vorverkauf der Karten ab heute Donnerstag eröffnet wurde. Die Arbeiten für die Durchführung der Beppein-Spende in Karlsruhe sind im vollen Gange. Der Karlsruher Arbeitsausschuß hat ein reichhaltiges Programm aufgestellt, in dessen Mittelpunkt neben dem Gedener-Vortrag vor allem die Haus- und Straßensammlung stehen wird. Um die Sammlung mit gutem Erfolg durchzuführen zu können, sind noch zahlreiche freiwillige Helfer und Helferinnen nötig. Anmeldungen von Männern und Frauen, die gewillt sind, die Durchführung der Haus- und Straßensammlung zu fördern oder in geeigneten Geschäften oder anderen Stellen Annahmestellen zu errichten, werden gebeten, sich mit dem Karlsruher Arbeitsausschuß der Beppein-Gedener-Spende, Karlsruhe, Durlacher Allee 56 (Landeswetterwarte) Fernruf 6488 und 6489 in Verbindung zu setzen.

Gepäckbeförderung bei der Reichsbahn. Die Bestrebungen, mit allen Mitteln eine Besserung im Personen-, Gepäc- und Expressgutverkehr herbeizuführen, haben die Reichsbahnverwaltung veranlaßt, mit dem 1. November dieses Jahres wesentliche Neuerungen im Personenverkehr in Kraft treten zu lassen. Zunächst wird Reisegepäck künftig auch ohne Vorlage von Fahrkarten auf Gepäckschein mit den Sägen für Expressgut, die nur wenig höher sind, als die Gepäcksätze, nach allen für den Expressgutverkehr eingerichteten Stationen angenommen. Das Mindestgewicht für die Frachtberechnung beträgt 10 Kilogramm.

Evangelischer Landeskirchengesangsverein. Am Montag fand hier die Generalversammlung des Landeskirchengesangsvereins unter dem Vorsitz des Stadtpfarrers D. Hesselbacher statt. Der Mitgliederstand ist z. Zt. 8177 aktive Sänger. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender D. Hesselbacher - Baden-Baden, Redner Stadtrat Jakob-Karlsruhe, Schriftführer Oberlehrer Schumacher-Karlsruhe, Beisitzer Musikinspektor Antonie-Heldberg, Hauptlehrer Genter-Bretten, Dehm-Mauer-Elmendingen, Vorstand Borz-Mannheim. — In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die hauptamtliche Anstellung des Musikdirektors Dr. Poppen gefordert. Das Landeskirchengesangsfest 1926 findet in Wertheim statt.

Badisches Landesheater. Schillers „Männer“, die am Samstag, den 7. November von Felix Baumbach neuinstudiert und in neuer Inszenierung zum erstenmal wieder im Spielplan erscheinen, haben auch eine fast durchweg neue Rollenbesetzung erfahren. Den alten Grafen Moor spielt Ulrich von der Trend, seine Söhne Karl und Franz werden von den Herren Krug und Dahlen, die Amalia von Kartha Moeller dargestellt. Neben diesen wirken in den übrigen wichtigen Rollen noch die Herren Brand, Gemmede, Herz, Kloeble, Leitgeb, Vied, Prüter, Dr. Storz und Weber. Die Bühnenbilder wurden von Emil Burtard dem Inszenierungsplan gemäß entworfen; die kostümliche Ausstattung lag in den Händen von Margarete Schellenberg. Die Vorstellung beginnt um 8.30 Uhr. — Zu Schillers Geburtstag, am Dienstag, den 10. November, findet die erste Wiederholung der Vorstellung statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Am gestrigen Tag kam es infolge Einwirkung des nördlichen Tiefs in ganz Baden zu erheblichen Niederschlägen (10-25 Liter pro Quadratmeter) bei abnormer Wärme (7 Grad über dem Mittel). Das nördliche Tief ist rasch nach Ostland gezogen, ein schwacher Hochdruckkern brachte heute Nacht stellenweise leichte Aufhellung. Über Westfrankreich zeigt sich eine neue Druckstörung, die bei anhaltender milder Südströmung morgen erneut Niederschläge bringen wird. Übermorgen kann unter dem Einfluß eines Hochdruckrückens westlich Preußen vorübergehende Besserung eintreten. **Voraussage für Freitag:** Anhaltend sehr mild, Regenfälle bei südwestlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 4. Nov. Im Monat November wird nach einer Mitteilung der Badisch-Pfälzischen Luftverkehrs-A.G. der Flugverkehr auf der Strecke Mannheim-Frankfurt-Galle-Berlin aufrechterhalten, und zwar Montags, Mittwochs und Freitags für Berlin-Mannheim und für die anderen drei Wochentage für die Richtung Mannheim-Berlin. Diese für Südwestdeutschland außerordentlich wichtige Fluglinie hat eine sehr gute Benutzung.

DZ Wiesloch, 4. Nov. Die Zigarrenfabrik der Firma Arnheim u. Cie. in Dielheim wurde von der dortigen Gemeinde zum Preise von 16 000 RM. käuflich erworben. Die Zigarrenfabrikation in diesem Anwesen ist schon seit Monaten stillgelegt. Es soll jetzt dort die Industrieschule und Schulfabrik untergebracht werden.

DZ Obersteinburg, 5. Nov. Bürgermeister Ignaz Walter ist von seinem Amte zurückgetreten. Bis zur Neuwahl vertritt ihn Herr Alfred Morlok.

Singen, 4. Nov. Wie die „Oberländer Zeitung“ berichtet, hat das Amtsgericht Tullingen die Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die **Scheffelschmiede** mangels Masse abgelehnt. Die Oberländer Zeitung ist der Meinung, daß sich mit der Angelegenheit, die dadurch nicht erledigt ist, als nächste Instanz zunächst die Mitgliederversammlung der Scheffelschmiede zu befassen haben wird.

*** Pfalldorf, 4. Nov.** Der Landesverein Badische Heimat, der erst kürzlich in Wehrheim a. N. seinen Heimatkurs überaus erfolgreich beendete, geht in der Zeit vom 28. November bis 2. Dezember nach Pfalldorf, um auch in der ehemals freien Reichsstadt einen fünfjährigen Heimatkurs unter besonderer Berücksichtigung des Gebietes zu veranstalten.

DZ Konstanz, 4. Nov. Das Bodensee-Städtebundtheater, Sitz Konstanz, Stadttheater, Leitung Reg.-Rat Hermann S. Mayer und Friedrich Bieg, hat die Komödie „Pascals“ von Wolfgang Iserer zur Aufführung erworben. Die Aufführung findet gleichzeitig am 25. November in Konstanz, Bremen (Schauspielhaus) und Duisburg statt.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	5. Nov.		4. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.82	169.24	168.82	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	104.72	104.98	104.42	104.68
Italien . . . 100 L.	16.52	16.56	16.56	16.60
London . . . 1 Pf.	20.332	20.332	20.332	20.332
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	16.805	16.645	16.94	16.98
Schwiz . . . 100 Fr.	80.80	81.00	80.835	81.035
Schweden . . . 100 Kr.	59.13	59.27	59.13	59.27
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.42	12.46

Stellung überall 100 Prozent

Karlsruher Börse. Abteilung Getreide, Mehl, Futtermittel. Die allgemein etwas höheren Forderungen bleiben nominell. Das Geschäft bewegt sich in der Hauptsache der unsicheren Wirtschaftslage wegen in kleinstem Rahmen. Weizen, handelsüblich 24,50 bis 25,—, Roggen, neue Ernte, gesund, handelsüblich 18,75 bis 19,50, Sommergerste, neue Ernte 22,50 bis 27,—, Hafer, ausländischer 20,— bis 22,—, inländischer, neue Ernte 18,75 bis 19,50, Mais mit Sad, neue Ernte 19,75, Weizenmehl, Mühlenforderung 38,50 bis 38,75, Roggenmehl, Mühlenforderung 27,25 bis 27,75, Weizenfuttermehl je nach Qualität 13,50 bis 14,—, Roggenfuttermehl je nach Qualität 13,50 bis 14,—, Weizenkleie 9,50 bis 10,—, Roggenkleie 9,50 bis 10,—, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viehtreiber 17,50 bis 17,75, Malzkeime 15,— bis 15,50, Speisefarstoffe, gelblich 5,25 bis 6,—, weißlich 4,— bis 5,—, rote 3,80 bis 4,50 Mark. — **Mausfuttermittel:** Lofes Biefenheu, gut, gesund, trocken 7,25 bis 7,75, Luzerne 8,75 bis 9,25, Weizen-Roggenstroh, drahtgepreßt 4,25 bis 5,— Mark, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Viehtreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe beim Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Waggongpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. — **Leine und Spinnstoffe:** Der Verkehr war ruhig. Die Weizenpreise zeigten Neigung nach unten. In Edelbranntweinen konnte sich nur kleines Geschäft entwickeln bei bisherigen Notierungen. — **Kolonialwaren:** Kaffee, Tee und Kakao im Preise unbeeinträchtigt. Gumpereis 0,42, Gumpereis 0,42, gelbe gepolte Erbsen, neue 0,49, weiße ungar. Perlbohnen, neue 0,38, neue Linfen, mittel 0,80, Kristallzucker 0,92%, Salatöl 1,10, Schweinefett 1,90 Goldmark, alles per Kilo.

Weinsteuergesetz vom 10. August 1925 nebst Volltext, Schriften und Ausführungsbestimmungen. Mit Erläuterungen, Einleitung und Sachregister von Dr. Ulrich Stod, Regierungsdirektor LV, 144 Seiten kl. 8°. In Leinwand RM 4.50. München 1925. T. S. Wed.

Zeppelin-Eckener-Woche in Karlsruhe
vom 12. bis 19. November 1925

Am 12. November wird der Führer des Amerikaluftschiffes

Dr. ing. h. c. Hugo Eckener
im großen Saal der Festhalle sprechen.

Vorverkaufsstellen: Mittelstadt: Reise- und Sporthaus Eduard Müller, Waldstr. 45; Zigarrenhaus Heinrich Tisch, Amalienstr. 14b. Südstadt: J. Schneyer, Kaufhaus, Werderplatz. Oststadt: J. Schneyer, Filiale, Kaiserstr. 59. Weststadt: Zigarrenhaus Carl Riedling, Kaiserallee 31. Mühlburg: J. Schneyer, Filiale, Rheinstraße 48.

Stadt. Sparkasse Mannheim.
Summarische Darstellung der Ergebnisse des Rechnungsabchlusses auf 31. Dezemb. 1924.

Das Guthaben der Einleger stellte sich am 1. Januar 1924 laut Eröffnungsbilanz auf 95 355,38 daselbe betrug auf Ende 1924 4 841 891,60

Bermehrung: A 4 746 536,22

Im Jahre 1924 haben betragen:

1. die Einlagen A 19 531 901,21
2. die Zinsgutschriften " 186 108,78

A 19 718 009,99

Die Rückzahlungen A 14 971 473,77

Einlagenvermehrung wieder A 4 746 536,22

Das **Reinvermögen** befreit sich auf 10 504 344,89

Darunter sind begriffen:

Darlehen gegen Hypoth. Sicherheiten A 2 677 843,07

Staatspapiere usw. " 129 666,82

Darlehen an Gemeinden usw. " 100 459,40

Kaufpfanddarlehen " 96 164,13

Sonstige Kapitalanlagen " 3 742 714,79

Verwaltungsgebäude " 1,—

Aufw. Guthaben lt. III. Steuernotverord. " 3 544 434,15

Die **Schulden** — einschl. Einlegerguthaben — betragen A 10 145 982,37

Reinvermögen somit A 358 362,52

Auf 1. Januar 1924 betrug daselbe lt. Eröffnungsbilanz 10 540,51

Es beträgt somit die rechnermäßige **Bermehrung** des reinen Vermögens A 347 822,01

Die nach § 22 der Satzungen anzufammende Rücklage ist vorhanden.

Mannheim, den 18. Juli 1925. C.297

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Ritter.

Der Direktor: Schmelcher.

Badisches Landes-Theater

Donnerstag, 5. Nov. 1925
E. 6. Th.-Gem. 2. S. G.

Jahrmart in Pulsnik

Ein bionischer Schwan in drei Akten von W. Harlan
In Szene gesetzt von F. Jen

Personen:

Hermann	Höfer
Charlotte	Moeller
Heterlein	Koch
Häsel	Moormann
Sturck	Meier
Kühner	Müller
Lemanski	Bay
El	Laine
Rathina	Geier

Anfang 8 Ende 10¹
Sperfrist I R. 4.20

Freitag, 6. November 1925
Vollst. 3

Badische Lichtspiele
Konzerthaus

Samstag, 7. und Montag, 9. Novemb.
8 Uhr abends

Samstag auch 4 Uhr nachmittags

Nord-Rhaetikon
und Montafon

Lichtbildvortrag des bekannten Rhaetikon- und Silvretta-Bergführers im Deutsch-Osterreichischen Alpenverein

Herrn Birkel aus Tschuggans

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr.
Preise: Mh. 0,60, 0,80, 1,20, 1,50

Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise C.860

sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, 4. Dezember 1925, nachmittags 9¹/₂ Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 26. November 1925 Anzeige zu machen.

Offenburg, 3. Nov. 1925. Badisches Amtsgericht 1.

C.301. Schwellingen. Über das Vermögen der Firma Philipp Schilling, Holzwarenfabrik, Inhaber Philipp Schilling in Schwellingen, wurde heute am 3. November 1925, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Ludwig Steiger in Offenburg wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 26. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, den 11. Dez. 1925, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. November 1925 Anzeige zu machen.

Schwellingen, 3. Nov. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 1.

C.311. Trüben. Über das Vermögen der Firma Hermann und Herr, offene Handelsgesellschaft in Trüben, ist heute am 31. Oktober 1925, vormittags 10

Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsanwalt Dr. Wecker in Trüben ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 4. Dezember 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen sowie über den von der Gemeinsschuldnerin eintretenden Zwangsvergleichsvorschlag auf

Freitag, den 11. Dez. 1925, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Dezember 1925 Anzeige zu machen.

Trüben, 31. Okt. 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts

Die Stelle eines
Verwaltungsratschreibers

dahier ist auf 1. Januar 1926 zu besetzen.

Bewerber, welche eingehende Kenntnisse und prax. Erfahrungen im gesamten Gemeinwesen einschließen, Grundbuchwesen aufweisen können, durchaus zuverlässig und arbeitsfreudig sind, wollen sich unter Vorlage eines ausführlichen Lebenslaufes mit Zeugnisabschriften melden.

C.847

Bewerber mit bestandener Fachprüfung erhalten den Vorzug.

Die Anstellung erfolgt planmäßig nach Art. 7 mit Aussicht nach 8.

Edingen (Nedar), den 28. 10. 1925.

Der Gemeinderat.

Jagd-Verpachtung.

Badisches Forstamt Oberweiler verpachtet am Mittwoch, den 11. November 1925, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum „Ochsen“ in Oberweiler die domänenärztliche Einrichtungs-Genarungen Bogtei Mühlheim, Reuenweg, Heubronn, Fischberg und Rübenbronn, 900 ha groß, mit Auenwäldchen auf sechs Jahre. Die Bedingungen können auf dem Geschäftsbüro eingesehen werden.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

C.310.2.1 Lörrach. Die Helene Henninger, geboren 16. Juni 1925 zu Lörrach, vertreten durch das Städt. Jugendamt Lörrach als Amtsvormund, dieses vertreten durch Obersekretär Karl Böhrler in Lörrach, klagt gegen den ledigen Bementarbeiter Albert Hild von Seedorf, früher in Junglingen, zurzeit an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß Beklagter der Klägerin aus Unterhalt von ihrer Geburt bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres eine vierteljährlich vorauszahlbare Rente von monatlich RM. 30.— schulde, wovon die rückständigen Beträge sofort, die künftigen auf 15. Oktober, 15. Januar, 15. April und 15. Juli jeden Jahres fällig sind, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung wie oben bezeichnet und vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urteils.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Lörrach auf

Freitag, den 8. Januar 1926, vormittags 9¹/₂ Uhr, geladen. Der Klägerin wird

für die erste Instanz das Armenrecht bewilligt.

Lörrach, 31. Oktober 1925. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 2.

C.295. Baden. Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Bauergesellschafter Josef Wagner in Badensichtental, Hauptstraße 66, wurde aufgehoben, da die gesetzliche Frist verstrichen ist und der Schuldner keinen Antrag auf Verlängerung gestellt hat.

Baden, 2. November 1925. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

C.323. Offenburg. Über das Vermögen des Kaufmanns Kurt Eckert, Tabakwaren en gros in Offenburg, wurde heute am 3. November 1925, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Ludwig Steiger in Offenburg wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 26. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters,